

Neuwahl



Seite 4

Milchlinik



Seite 6

Fluglärm



Seite 9

Berichte von der VIII. BVV

## Merkwürdigkeiten

Affentheater und  
Alarmglocken

Den Fraktionen von CDU und der Bündnis90/Grüne ist es wieder einmal gelungen, das Augenmerk der Bezirksverordneten auf die Seniorenstiftung Prenzlauer Berg zu richten. Die Fraktionen von PDS und SPD hatten sich entschlossen, ein Versäumnis aus der Welt zu schaffen, in dem sie eine Neuwahl der Vertreter der BVV in den Aufsichtsgremien der Stiftung beantragt hatten. Das war nötig geworden, weil sich die Stiftung zum 21. Dezember 2000 eine neue Satzung gegeben hatte, die den bisherigen Vorstand, in den zwei Verordnete gewählt waren, in ein Kuratorium umwandelte und aus der bisherigen Geschäftsführung den neuen Vorstand bildete. Im Grunde ein bloßer formaler Akt, so dachten die Antragsteller, der die Beschlußlage der BVV den veränderten äußeren Bedingungen anpassen sollte. Da hatten sie sich jedoch gründlich geirrt.

Stutzig hätte man schon werden können, als in den letzten Monaten die Versuche, die vermeintliche Formalie aus der Welt zu schaffen,

immer wieder mit den fadenscheinigsten Vorwänden unterlaufen worden waren. Diesmal war es nun endlich gelungen, die Sache auf die Tagesordnung zu setzen – und alle erlebten ein blaues Wunder. Die von der BVV Prenzlauer Berg in den alten Vorstand der Stiftung gewählten Verordneten Pieper (Bündnis90/Grüne) und Dr. Georgi (CDU) zettelten nämlich, unterstützt von ihren jeweiligen Fraktionen, eine Redeschlacht an, die die Arbeit der BVV für den Rest des Abends blockierte. Die Argumente, die von dieser Seite gegen Neuwahlen vorgebracht wurden, waren eher dünn: 1. In der Stiftung habe sich außer ein paar Titeln gar nichts geändert, 2. Neuwahlen von zwei Mitgliedern ins Aufsichtsgremium (!) würde die Arbeitsfähigkeit der Stiftung insgesamt in Frage stellen, 3. PDS und SPD wollten ohnehin nur eine Machtprobe abliefern.

Befremdlich war für die Fraktionen von PDS und SPD vor allem die Verve, mit der die anderen sich ins Zeug warfen. Offensichtlich wurde nicht nur um den Besitz ei-

nes Ehrenamtes gekämpft. Gerade Pieper, der bei seiner Wahl im Januar 2000 noch versprochen hatte, in seinem Wahlamt die Interessen der BVV zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes vertreten zu wollen, behauptete nun, die Stiftung habe mit dem Bezirk und der BVV gar nichts zu tun, im Gegenteil, seine Funktion als Verordneter gebiete ihm geradezu, die Unabhängigkeit der Stiftung von politischer Einflußnahme zu sichern. Und das, obwohl nur ein Sonderausschuß der BVV 1998/99 die Stiftung nach ernstem Unregelmäßigkeiten vor schwerem Schaden bewahrt hat.

Die Mitglieder der künftigen BVV sind gut beraten, gründlich die neuen Strukturen der Stiftung unter die Lupe zu nehmen, und vor allem zu klären, ob sich wirklich nur Strukturen geändert haben. Die Alarmglocken jedenfalls haben heftig zu läuten begonnen. Hoffentlich läuten sie nicht einen neuerlichen Sonderausschuß ein.

*Wolfram Kempe*

## Zu Besuch im Siechenheim – Folge 1

Vorsicht!  
Satire!  
Nicht füttern!

Es gibt ein Spiel, das nennt sich Monopoly. Damit kann man den Kapitalismus simulieren. Neulich habe ich ein anderes Spiel kennengelernt, damit kann man Demokratie simulieren. Es heißt: Bezirksverordnetenversammlung. So wenig, wie man beim Monopoly tatsächlich ein Haus kaufen kann oder in den Knast muß, so wenig hat natürlich die BVV mit wirklicher Demokratie zu tun. Denn jeder Senatsfury kann entscheiden: die BVV geht auf „Los“ zurück und streicht keine viertausend Mark ein. Selbst der Spielleiter Lubawinski hält sich nicht an das, was die BVV gewürfelt hat, nämlich den neuen Namen für den Großbezirk, sondern nennt Prenzlauer Berg nebst Kolonien hartleibig Pankoff.

Trotzdem ist es ein schönes Spiel. Ständig rennen die Bezirksverordneten raus, um sich neues Bier zu holen, denn Demokratie macht durstig. Und dann wird wieder abgestimmt: über Tierkörperverwertung, Lichtsignalanlagen und Baumschutz bei Bauarbeiten. Dazu halten die Mitspieler rote Karten hoch. Und wie in einem richtigen Parlament wird gefragt, wer dafür, dagegen oder enthaltsam ist. Dabei ist mir aufgefallen, daß hinten bei der CDU einer sitzt, der sich immer enthält, egal um was es geht. Ständig fragt jemand etwas. Dann muß ein anderer nach vorn und darauf antworten. Manchmal wird auch nur tüchtig geschimpft. Und um aufzupassen, daß keiner schummelt oder schubst, hängt in einem klei-

nen Glaskasten hoch unter der Decke ein Mann, von dem man nur den Kopf oder die Schultern sieht.

Weil ich Anarchist bin, war ich noch nie wählen. Aber meiner Freundin, die Ausländerin ist und seit vielen Jahren in Berlin wohnt, leihe ich immer meine Stimme, weil ich es unfair finde, daß sie bei der BVV nicht mitspielen darf. Ich muß dann für sie mein Kreuzchen immer bei der PDS machen. Aber wohl fühle ich mich nicht dabei.

Dafür habe ich jetzt in der BVV ein neues Wort gelernt: Gender Mainstreaming. Als ich es zum ersten Mal hörte, fiel mir vor Lachen beinahe mein Gebiß raus. Nächstes Mal gehe ich wieder hin.

*Norbert Knofo Kröcher*

Interview

# Notwendiger Politikwechsel



Dr. Andreas Bossmann,  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung  
und Soziales

*Wie stellt sich die aktuelle finanzielle Situation im Sozialbereich dar?*  
Ausgangspunkt der Haushaltsplanungen für das Jahr 2002 ist die Absicht der Senatsfinanzverwaltung, die Ausgaben im Sozialbereich auf dem Stand des Jahres 2000 einzufrieren. Dagegen prognostiziert meine Verwaltung schon jetzt einen Mehrbedarf von 21,5 Millionen Euro, wovon zehn Prozent allein den Bezirkshaushalt belasten werden. Aus dieser Situation gibt es keinen Ausweg, weil weder die Zahl der Bedürftigen – gegenwärtig sind es über 21.000 – noch die in den notwendigen Ausgaben enthaltenen Kostensteigerungen bei Mieten, Tarifen, Versicherungen u.a. von der Bezirksverwaltung beeinflussbar sind. Hinzu kommt, daß auch die BaföG-Novelle zu Mehrausgaben führen wird.

*Trotzdem wurde in Weißensee versucht, durch die Sozialverwaltung selbst Sozialhilfeempfänger in den Ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen.*

Dieses als Pilotprojekt erprobte sogenannte Kölner Modell war auch erfolgreich. Insgesamt konnten in Weißensee 900 Sozialhilfeempfänger wieder dauerhaft in den Ersten

Arbeitsmarkt integriert werden, was zu einer Haushaltsentlastung von zweieinhalb Millionen Euro führte. In Pankow, wo das Modell durch die Beauftragung einer externen Entwicklungsgesellschaft etwas abgewandelt wurde, wurden 250 Sozialhilfeempfänger dauerhaft vermittelt. Aus dem Prenzlauer Berg liegen keine gesicherten Angaben vor.

Zu solchen „intelligenten Einsparungen“ gibt es keine Alternativen, weil nur sie eine dauerhafte Entlastung des Gesamthaushaltes garantieren, dauerhaft die Lage der Sozialhilfeempfänger verbessern und so letztlich dauerhaft die angespannte Lage in den Sozialämtern beheben. Im zweiten Halbjahr 2001 wird meine Verwaltung darum vermittels einer genauen Analyse des bisher Erreichten die Anwendung des Verfahrens im Großbezirk vorbereiten. Wir wollen, daß das Verfahren ab 2002 in allen ehemaligen Bezirken zum Regelfall wird. Nach bisherigen groben Schätzungen ließe sich so für 5 bis 7.000 Bürgerinnen und Bürger wieder eine Lebensperspektive durch Einbindung in den Ersten Arbeitsmarkt gewinnen.

*Dazu gibt es keine Alternative?*  
Doch. Durch restriktive Anwendung der Sozialgesetze und ihre rigide Kontrolle – wie beispielsweise in Reinickendorf – läßt sich die Sozialbehörde natürlich auch in eine Polizeibehörde umwandeln. Das aber ist die Politik einer anderen Partei. Wir hoffen und arbeiten daran, daß sich unser Weg zum berlinweiten Standard entwickelt.

*Was bedeutet die angespannte Finanzsituation für die Freien Träger im Sozialbereich?*

Um die aktuelle Angebotsstruktur zu erhalten, kann ich schon jetzt einen Mehrbedarf von rund 425 Tausend Euro absehen.

Schon allein aus der demographischen Entwicklung ergibt sich, daß bloßer Erhalt nicht ausreicht. Für

die Angebote Freier Träger gibt es obendrein keinen Ersatz. Hier zu streichen, würde zu einem Zusammenbruch der Alten- oder der Behindertenhilfe führen, und damit zu immensen Folgekosten an anderen Stellen, zum Beispiel im stationären Pflegebereich.

Das sogenannte Sonderprogramm Soziale Projekte ist überdies in die Zumessung der Mittel für den Bezirk seitens der Senatsfinanzverwaltung schon eingerechnet – es ist also reine Augenwischerei. Daran zeigt sich, daß Sonderprogramme letztlich nichts nützen, sondern die Finanzausstattung der Bezirke muß grundsätzlich auf eine neue Basis gestellt werden. Beispielsweise haben wir für die Mieterberatung im Prenzlauer Berg gegenwärtig nur 17.000 Euro zur Verfügung, benötigen aber rund 550.000 Euro. Das läßt sich nur lösen, wenn der Senat – wie in den anderen Alt-Bezirken – auch im Prenzlauer Berg die Finanzierung der Mieterberatung direkt übernimmt. Dazu ist aber ein Prioritätenwechsel in der Finanzpolitik des Senates unumgänglich.

*Interview: Wolfram Kempe*

In 2 Jahren  
konnte über  
1.150 Sozialhil-  
feempfängern  
eine neue  
Perspektive  
gegeben  
werden!



## Trotz alle dem

Sonntags am 10. Juni auf dem Alexanderplatz am PDS-Stand: Tausende Berliner unterstützen die Forderung nach Neuwahlen mit ihrer Unterschrift. Beim prüfenden Blick auf die Vollständigkeit der Angaben auf den Unterschriftsbögen fällt mir auf, daß viele Unterzeichner ihre Adresse in Westberlin haben. Manche teilen uns freundlich mit, daß sie, er extra aus

che Diskussionsgegenstand – aber welch andere Stimmung! Unverständnis, Nörgelei und Unmut bestimmen den Saal. Von ruhenden Mitgliedschaften, angedrohten und vollzogenen Austritten ist die Rede. Wofür sollen wir uns denn noch entschuldigen? – ist der Tenor. Erst die Programmdebatte und nun auch noch das! Dazu noch die Fernsehkameras – die Öffentlichkeit – die nunmal zu ertragen ist. Kein Verständnis dafür, daß die politische Zukunft der Partei in dieser Stadt und ihre Möglichkeit – ihre große Chance! – den kalten Krieg wirklich zu beenden, einhergehen muß mit unmißverständlicher (nicht halbherziger) Distanz zur Politik der SED. Da war nichts zu spüren von Aufbruch und ich habe meinen Mut erstmal wieder verloren und ich bin schlecht gelaunt vor Schluß gegangen.



dem Südwesten der Stadt zu uns gefahren sind. Trotz großem Andrang bleibt Zeit für Diskussion über die Äußerungen aus der Partei zur Vergangenheit – und natürlich zum Mauerbau. Es ist uns sehr wichtig, das ihr dazu Stellung nehmt, höre ich immer wieder. Und auch: ohne diese Erklärungen hätten wir nicht hier bei Euch unterschrieben! Noch kein Handschlag, aber vielleicht ein erstes Zugehen – mit Vorbehalten natürlich – auf die SED-Nachfolgern. Ein Stimmungsgemeinde aus Wut auf die Regierenden und Aufbruch zu Veränderung Das war erfreulich und machte mir Mut, angesichts der Schwierigkeiten die auf uns zukommen werden. Ich wollte zwei Stunden am Stand bleiben und blieb fünf.

14 Tage später in der Fröbelstraße: Basiskonferenz der PDS. Der glei-

Es scheint vergessen, mit welcher Kraft die Genossen für den Verbleib der PDS im Bundestag und für BVV-Mandate gekämpft haben; ein verzagtes und mißlauniges Bild geben sie ab, nicht wenige Genossen. Nur: zurück zur Gemütlichkeit, das geht nicht! Mit Hasenherzen gewinnen wir nichts in dieser Stadt. Haben sie den Recht, unsere politischen Gegner, wenn sie sagen: der Gysi ja, das ist aber nicht die Partei?

Ist die Diskussion der Programm-entwürfe wirklich nur ein kleinlich rechthaberischer „innerbetrieblicher“ Streit um ein Papier zum „internen Dienstgebrauch“? Oder streiten wir um Grundlagen zur einer umsetzbaren sozialistischen Politik für dieses Land, diese Stadt und deren Wähler. Sollten wir wirklich den Landowskis in die alten Grä-

ben des kalten Krieges folgen, weil wir ja schon immer Recht hatten und es in den Gräben Sicherheit vor Veränderung gibt. „Veränderung beginnt mit Opposition“ war unsere Losung, ich dachte immer, das schließt uns ein und grenzt uns nicht ab.

Vor einem dreiviertel Jahr saß ich als ein Mitglied unserer Sondierungsgruppe den Verhandlungsführern der SPD gegenüber. Die Ansage war klar: Ihr dürft unseren Bürgermeister wählen unter der Bedingung, dies Papier zur Haushaltspolitik zu unterschreiben. Damit waren die Verhandlungen „eigentlich“ nach 20 Minuten beendet. So leicht wollten wir es der SPD und auch uns nicht machen. Die Gespräche gingen weiter und nach einigen Wochen lag eine Vereinbarung zu gemeinsamen politischen Projekten für den Bezirk vor, die bei der Basis beider Parteien Zustimmung fand. Wir hatten gewissermaßen „geübt“, denn die gleiche Situation haben wir nun auf Landesebene. Es sind wieder Vorschläge zur Sanierung des Landeshaushaltes gefragt, keine Wunschlisten für Geschenke sondern Einschränkungen von Ausgaben. Da wird und muß es manchen Streit zwischen Senat und den Bezirken (auch innerhalb der PDS) geben. Da werden wir den Bürgern vor Ort (auch und gerade denen, die uns gewählt haben) reinen Wein einschenken und sie von nötigen Einschränkungen überzeugen müssen, wenn diese denn sozial vertretbar sind. Das geht aber nur, wenn die Bürger Vertrauen (das sie der Großen Koalition gerade entzogen haben) in unsere Politik haben. Um das auch im Westen unserer Stadt zu erringen, bleibt die klare Bewertung der Vergangenheit zwingende Voraussetzung. Dies kann nicht außerhalb der Programmdebatte passieren, das ist ein verdammt praktischer Teil dieser öffentlichen Debatte, den nimmt uns auch Gysi nicht ab.

*Rainer Eigendorff*



# PDS-Basiskonferenz Berlin Drei

Der PDS-Bezirksvorstand Berlin Drei hatte zum 25. Juni 2001 eine Basiskonferenz einberufen und erfreulicherweise waren recht viele Genossinnen und Genossen der Einladung gefolgt.

Anliegen des Bezirksvorstandes war, wie es in der Einladung vom 6. Juni 2001 hieß, eine Aussprache zu führen über die Probleme der programmatischen und politisch-strategischen Diskussion in der PDS, die aktuelle Lage in der Stadt und die unmittelbar vor uns liegenden Aufgaben.

Um es vorweg zu sagen: Ich teile die Auffassung von Gisela Grunwald, die die Veranstaltung leitete, daß wir einen hochinteressanten Abend erlebt haben. Aber so ganz wurden meine Erwartungen doch nicht erfüllt. Das lag meines Erachtens daran, daß die Palette der zu behandelnden Probleme zu breit war, und daß die Vorgaben der drei Referenten leider Möglichkeiten verschenkten, sich mit der aktuellen politischen Situation in Berlin und den PDS-Politikangeboten in diesem Zusammenhang auseinanderzusetzen. Michael Nelken sprach zur Lage in der Partei, Almuth Nehring-Venus über die Wahlkampfstrategie und Klaus Lederer legte Positionen in der Programmdiskussion dar.

M. Nelken machte deutlich, daß sich die PDS neu bestimmen muß. Die politische Krise in Berlin sowie Bewegungen im politischen System der BRD sind Herausforderungen und Möglichkeiten für unsere Partei. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen müssen beitragen, das politische und gesellschaftliche Selbstverständnis der PDS zu erneuern.

„Berlin für alle“ – mit diesem Slogan will die PDS in den Berliner Wahlkampf ziehen. Ziel der Partei ist es „20 Prozent plus x“ zu erreichen. A. Nehring-Venus, Wahlkampfleiterin in Berlin, legte dar, mit welchen Politikgehalten und Zielstellungen die PDS ihren Bei-

trag zum personellen und konzeptionellen Neuanfang in Berlin leisten will. Zum 19. Juli 2001 ist im Bezirksverband Berlin Drei eine Tagung der Hauptversammlung einberufen, wo die Aufgaben des Wahlkampfes beschlossen werden und sich über die Inhalte zur Ausarbeitung unseres Wahlkampfes verständigt werden soll. Auf einer weiteren Tagung der Hauptversammlung erfolgt die Nominierung der Kandidaten.

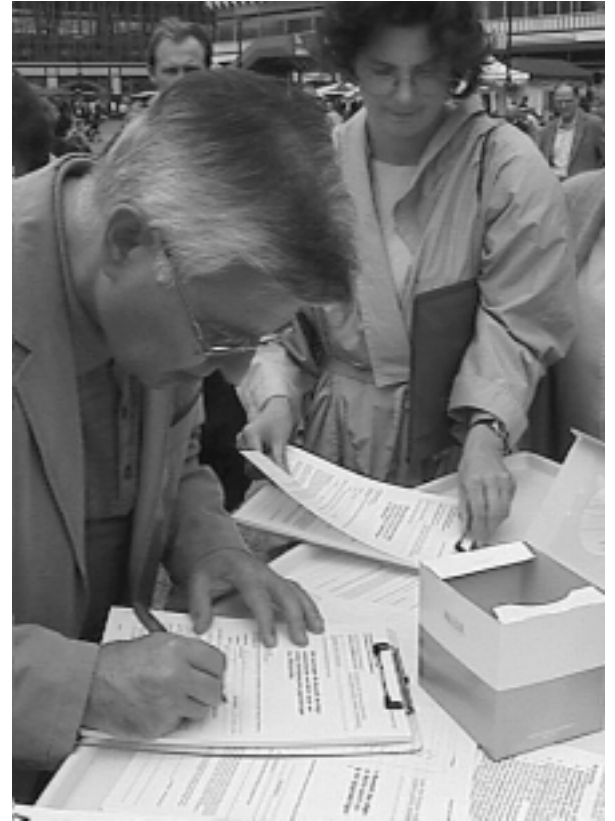
Klaus Lederer sprach über die Notwendigkeit, die Arbeit in der aktuellen Politik mit den Diskussionen in der programmatischen Debatte zu verbinden. Das schließt die weitere kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ein. Er forderte dazu auf, die Beweggründe für unser politisches Handeln aus der heutigen Zeit zu suchen.

In der regen Diskussion ging es unter anderem um folgende Probleme: Erklärung zur Vereinigung von KPD und SPD; Mauerbau, Sozialismus und Demokratie; Inhalte der Gestaltungspolitik; Standpunkte zur Programmdiskussion. Und es ging natürlich auch darum, wie wir bei unterschiedlichen Standpunkten miteinander umgehen. Daß in diesem Zusammenhang eine Genossin von „verbalem Mobbing“ sprach, sollte uns schon zu denken geben.

Ein junger Genosse bedauerte zu Recht, daß nicht genügend darüber diskutiert wurde, was wir für die Stadt Berlin und ihre Bürger tun

wollen und wie es gelingt, junge Wähler für die PDS zu gewinnen.

In seinen Schlußbemerkungen hob unser Bezirksvorsitzende Gernot Klemm hervor, wie wichtig der be-



gonnene Dialog für unsere weitere politische Arbeit ist. Es wäre interessant gewesen, von ihm einige Gedanken zu den in der Diskussion aufgeworfenen Fragen zu hören. Dem Bezirksvorstand sollte die Basiskonferenz Mut machen, auch künftig in einem solchen Forum Probleme, Erfahrungen und Aufgaben zur Diskussion zu stellen.

*Renate Tepper*



# Das Kinderkrankenhaus Weißensee



## Geschichte

Die Gemeindevertretung der Landgemeinde Weißensee unternahm vieles, um die Stadtwürde zu erlangen. Ein Ort, dessen Bewohner hauptsächlich den „unteren Klassen“ angehörten, stand dabei besonders in der Pflicht, die Kinder seiner Bürger vor Krankheiten zu schützen und gesundheitlich zu betreuen. Im März 1908 wurde beschlossen, ein Kinderkrankenhaus zu bauen. Es sollte das erste kommunal geleitete in Preußen werden. Die Grundsteinlegung fand im Juni 1909 statt. Gemeindebaurat Carl James Bühring, der den Entwurf für das Haus und seine Inneneinrichtung geliefert hatte, übernahm auch die Kontrolle der Bauleitung, und am 8. Juli 1911 fand schließlich die feierliche Einweihung statt. Die Umgebung des Hauses war inzwischen zu einem kleinen Park umgestaltet worden mit dem Ziel, diesen in die Therapiemaßnahmen einzubeziehen. Dem gleichen Ziel diente auch die hier erst- und einmalig vorgesehene Einrichtung einer „Milchkuranstalt“. Sie umfaßte einen Kuhstall für 38 Tiere, eine Molkerei mit allen Anlagen zur Milchverarbeitung sowie Lager- und Transportanlagen einschließlich sechs Pferden. Man beschränkte sich nicht allein auf die Krankenbehandlung, sondern schuf auch Ausbildungseinrichtungen für Schwestern, Stillzimmer für Ammen und eine Mütterabteilung mit

acht Säuglingsbetten. Im September des gleichen Jahres, als der „III. Internationale Kongreß für Säuglingsschutz“ tagte, war das Weißenseer Krankenhaus eines der wichtigsten Ziele für Ärzte und Politiker aus aller Welt. Die Gemeinde stiftete dem Krankenhaus die Skulptur der Caritas, die bald darauf im Vorgarten aufgestellt wurde. (Seit 1999 ist sie zum Schutz vor Vandalismus demontiert und eingelagert). Der Gesamtaufwand für den Bau betrug rund eine halbe Million (Gold-)Mark, die die Gemeinde selbst, mit Unterstützung des Kreises Niederbarnim und einer Anleihe, aufbrachte. Gleich nebenan wurde danach ein Säuglingsheim gebaut, das von einem privaten Verein betrieben wurde und bis 1934 bestand.

## Die „fetten“ Jahre

Die Anlagen erwarben sich bald einen guten Ruf in der Stadt, und weit über Weißensee hinaus kamen Patienten hierher. Der Milchbetrieb konnte über den Bedarf des Hauses hinaus produzieren und seine Erzeugnisse, auch Käse, Kefir und Molke, in Nachbargemeinden liefern. Nach der Eingemeindung im Jahre 1920 erfolgte bald die Herauslösung der „Milchkuranstalt“, sie wurde Bestandteil der Berliner Stadtgüter (und damit Keimzelle des 1965 gegründeten Milchhofes in Heinersdorf). Die Gesundheitsbetreuung erfuhr im Laufe der Jahrzehnte weitere Verbesserungen. Dabei blieb das Prinzip Kinder- und Säuglingskrankenhaus erhalten. Auch blieb es von Bombenschäden verschont. 1978 umfaßte ein Bericht die Aufgaben wie folgt: Neben stationärer Betreuung auch Dispensaire für mehrere Bezirke, Röntgen, Labor, Facharztausbildung, Zentrum für pädiatrische Grundbetreuung. Neben 1.100 sta-

tionären Behandlungen waren 2.800 Rettungsfälle zu verzeichnen, 1.450 Dispensairebetreuungen, 2.000 ambulante Laboruntersuchungen, 3.200 ambulante Röntgenbehandlungen und 700 Spezialleistungen.

Ein Haus dieser Größe – inzwischen Teil des Krankenhauses Weißensee geworden – bedurfte der Weiterentwicklung. 1985 wurde der Grundstein für ein neues Bettenhaus gelegt, das am 15. Oktober 1987 eingeweiht werden konnte. Am 21. Juni 1991 feierte man schließlich das achtzigjährige Bestehen. Der damalige Gesundheitssenator Dr. Luther (CDU) verkündete auf der Festveranstaltung ausdrücklich, daß keines der inzwischen auf 100 angewachsenen Betten gestrichen werde. Aber schon ein Jahr später deutete er im Abgeordnetenhaus an, daß mit dem Neubau der Park-Klinik Schönstraße der Standort Hansastraße aufgegeben werden wird, weil „die örtliche Trennung vom Krankenhaus hinderlich“ sei.

*Joachim Bennewitz*



# Still ruht der See

Seit dem 1. Januar 1997 liegt das einst über Deutschland hinaus berühmte Kinderkrankenhaus verlassen da. Es verfällt zusehends und weißt Spuren von Vandalismus auf. Ein kleiner Trost ist, daß alle Einrichtungsgegenstände der Klinik, Instrumente und medizinische Geräte dank des Einsatzes ehemaliger Mitarbeiter u.a. nach Rußland, Rumänien und Afrika verbracht werden konnten, wo sie auch heute noch kostbare Dienste leisten.

Dabei sah im September 1995 alles noch ganz gut aus. Der Senat teilte am 15.9.1995 dem Abgeordnetenhaus mit, daß er die notwendigen Schritte veranlaßt hätte, um den Beschluß vom 13. Mai 1993, den Standort des Kinderkrankenhauses auch künftig als gesundheitlich-sozialen Standort zu erhalten, umzusetzen. Er teilte mit, daß der Standort ab 1997 durch einen freien Träger, das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF), übernommen werden sollte, der hier für 72 schwerbehinderte Kinder und Jugendliche eine neue Heimstätte

errichten wollte. Die Finanzierung galt als sicher. Offenbar hatte der Widerstand der Menschen aus Weißensee und Hohenschönhausen gegen die Schließungspläne des Senates von 1993 doch noch etwas Gutes erreicht.

Aber dann geschah nichts mehr. Im April 1997 – das Krankenhaus war seit drei Monaten dicht – beklagte sich das EJF beim damaligen Parlamentspräsidenten Professor Haase, daß die von ihm vorgelegten und akzeptierten Jugendprojektpläne offenbar trotz finanzieller Zusagen weder im Landeshaushalt 1997 noch in der Investitionsplanung 1996 - 2000 berücksichtigt worden wären. Auf meine Nachfrage zu dieser Angelegenheit im Mai 1997 teilte Gesundheitssenatorin Hübner mit, für das geplante Projekt gäbe es keinen Bedarf mehr, der Bezirk solle sich deshalb nach neuen Interessenten umsehen. Im September 1997 bestätigte die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales diese Einschätzung noch einmal schriftlich und empfahl, die

Beschlüsse des Abgeordnetenhaus zur ursprünglich vorgesehenen Weiternutzung aufzuheben.

Am 25. November 1998 lud der „Verein Weißenseer Heimatfreunde e.V.“ zu einem Hearing.

In Gegenwart von Verordneten des Bezirkes und Mitgliedern des Abgeordnetenhaus stellte Professor Schneeweiß, der Ehemalige Chefarzt der Kinderklinik im Krankenhaus Friedrichshain, ein eigenes Nutzungskonzept vor, dessen Zielgruppe behinderte und nicht-behinderte Kinder und Jugendliche sein



sollten. Auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage, die auch auf dieses Projekt Bezug nahm, antwortete der Senat drei Monate (!) später, hierfür sehe er keinen Bedarf. Aus dem gleichen Grund wies er neun weitere Entwürfe zur gesundheitlich-sozialen Nutzung zurück.

Im August 1998 war das Grundstück bereits in das Finanzvermögen des Landes Berlin übergegangen. Bemühungen des Bezirkes seit Oktober 1998, vom Senat über das weitere Vorgehen in der Angelegenheit des Kinderkrankenhauses informiert zu werden, blieben laut Aussagen des damaligen Bürgermeisters Schilling unbeachtet. Ende Juli 1999 teilte der Senat auf eine weitere meiner Kleinen Anfragen mit, es gäbe Pläne für eine Vermarktung des Grundstückes im Rahmen einer vorbereiteten Ausschreibung. Ob sie endlich in der Zwischenzeit erfolgt ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Darum habe ich Anfang Juni 2001 erneut danach gefragt, auf die Antwort darf man gespannt sein.

Ich halte es für skandalös, daß der Bezirk seit 1997 jährliche Unterhaltskosten von 120.000 DM aufbringen muß, seit der Krankenhausschließung über 30.000 DM für Schutz-, Erhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen des denkmalgeschützten Hauses zahlen mußte, und vom Senat seit Juli 1999 mit Ankündigungen über geplante Ausschreibungen zum Verkauf hingehalten wird. Hier besteht für alle Beteiligten dringender Handlungsbedarf! *Ingeborg Simon (MdB)*



Notizen

# Alltag im Bezirk

Tod auf Raten?

Schulische  
Parkplätze für  
Drahtesel

„Da könnte ja  
jeder kommen!“

„Unsere Amtssprache ist  
Deutsch“?!

## ■ Tod auf Raten?

Für das in Weißensee, Pistoriusstraße 17, ansässige Umweltbüro wird gegenwärtig eine „Feinkonzeption“ erarbeitet.

Sie orientiert, wie die zuständige Bezirksstadträtin, Ines Saager (CDU) als Antwort auf eine Kleine Anfrage des PDS-Bezirksverordneten Roland Nogala am 28. Mai mitteilte, unter anderem auf die Beratung der Bürger zu Landschafts- und Naturschutz, Umwelt- und Entsorgungsfragen, Tierhaltung und Hundeverordnung, aber auch auf kinderpädagogische Arbeit zu ökologischen Themen. Nicht mehr genannt werden Themen der globalen Ökologie, der Lokalen Agenda sowie ökologisch-kulturelle Angebote. Die Aussparung dieser Problematik, die Herausnahme des Umweltbüros aus der direkten Unterstellung unter die Verantwortung der Stadträtin sowie deren Feststellung: „Das Vorhalten eines ‘Umweltbüros’ ist keine Pflichtaufgabe der Verwaltung/Abt. GesUmN.“, lassen befürchten, daß Frau Saager mit der „Feinkonzeption“ den bereits in der Weißenseer BVV von der CDU-Fraktion betriebenen Untergang des Büros auf Raten einläuten will.

## ■ Guter Hoffnung

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern des Bezirkes und dem Liegenschaftsfonds, in den auch unser Bezirk vor wenigen Monaten eine Reihe von Grundstücken eingebracht hat, gestaltet sich nach Angaben von Bezirksstadtrat Burkhard Kleinert grundsätzlich gut. Wie hoch der Wert der genannten Grundstücke ist und wie hoch der Anteil des Bezirkes bei deren eventuellem Verkauf sein wird, steht allerdings noch nicht fest. Ja, es kann noch nicht einmal eingeschätzt werden, „wieviele Grundstücke der Liegenschaftsfonds überhaupt in den nächsten Jahren verkaufen wird.“ Auf jeden Fall wird der Bezirk „mit großem

Engagement“ bestrebt sein, „höhere Einnahmen, z. B. aus Vermietungen und Verpachtungen zu erhalten“.

## ■ Spitzenreiter

Mit 312 Abstellplätzen für Fahrräder ist die 13. Grundschule in der Pankower Kastanienallee Spitzenreiter auf diesem Gebiet im Bezirk. Es folgen die Grundschule Alt-Karow in der Bahnhofstraße mit 300 Abstellplätzen, die Grundschule unter den Bäumen in Blankenburg mit 208 und die Grundschule im Panketal in der Karower Achillesstraße mit 188. Bei den Realschulen halten zwei Schulen im ehemaligen Bezirk Weißensee – die Hagenbeck-Oberschule in der Gustav-Adolf Straße und die 2. Oberschule in der Heinersdorfer Straße in Blankenburg – mit 148 bzw. 136 Abstellplätzen die Spitze.

Den ersten Platz mit jeweils 240 Abstellplätzen teilen sich unter den Gymnasien die Käthe-Kollwitz-Oberschule in Prenzlauer Berg, die Wieland-Herzfelde-Oberschule in Weißensee und die Rosa-Luxemburg-Oberschule in Pankow.

## ■ Düstere Aussichten

Sollte es bei den bisherigen Planungen des Senates bleiben, werden die Mittel für die Altenhilfe im nächsten Jahr kräftig zusammengestrichen werden müssen. Hintergrund ist, daß der Senat statt wie bisher 9 DM nur noch 2,51 DM pauschal pro altem Menschen aufwenden will, den komplizierten Berechnungsschlüssel, mit dem die Zahl der alten Menschen im Bezirk ermittelt wird, aber beibehält. In Mark und Pfennig bedeutet dies, daß der Bezirk statt der 466.800 DM, die in diesem Jahr für Kulturangebote für ältere Menschen, für Gratulationen und Honorare ausgab, im Jahr 2002 nur noch rund 130.200 DM zur Verfügung haben wird.

Angesichts dessen sind die gut 45.000 DM, die aus Lottogeldern

stammen und im Jahr 2000 für Weihnachtsfeiern und Weihnachtspäckchen für alte und einsame Menschen zusätzlich zu den Mittel der Altenhilfe verwendet wurden, weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zumal sich diese Summe im Jahr 2002 nur unwesentlich verändern dürfte.

## ■ Linientreu

Die Linienführung der Buslinie 100 bleibt, wie sie ist. Die BVG beabsichtigt nicht, etwas an ihr zu verändern. Mit dieser Mitteilung im Verkehrsausschuß reagierten Vertreter der Verkehrsbetriebe auf einen Antrag der SPD-Fraktion, das Bezirksamt möge sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der BVG dafür einsetzen, „daß ab dem Fahrplanwechsel am 13. September 2001 die Buslinie 100 in Prenzlauer Berg mit neuer Linienführung angeboten wird.“ Vorgeschlagen worden war, daß „die touristischen Ziele Pfefferberg, Kollwitzplatz, Wasserturm und Kulturbrauerei besser angebunden werden.“

## ■ Sprachlos

Auch künftig wird sich die Verwaltung des Bezirkes zur Betreuung von Migrantinnen und Migranten keine Dolmetscher leisten können. Lediglich im Sozialamt, teilte Bezirksbürgermeister Alex Lubawinski (SPD) der Bezirksverordneten Britt Maaß (PDS-Fraktion) in Beantwortung einer Kleinen Anfrage mit, sind auf Honorarbasis Dolmetscher für den zeitlich befristeten Aufenthalt vom Bürgerkriegsflüchtlingen angestellt. „Bei rechtsrelevantem Bedarf, z.B. im Standesamt, bei Vormundschaftsangelegenheiten usw. müssen die Migranten als Klienten/Kunden in der Regel auf eigene Kosten einen Dolmetscher stellen.“ Der Bürgermeister wies darauf hin, „daß in der Verwaltung grundsätzlich Deutsch die Amtssprache ist.“

*Dr. Karl-Heinz Werner*



Pankower Bürger fordern

## Schließung des Flughafens Tegel

Unter dem Motto „Fluglärm, Schadstoffe und Absturzgefahr ohne Ende? Was wird aus den Menschen in der Einflugschneise des Flughafens Tegel?“, vereinte eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung Ende Mai etwa 150 interessierte Pankower Bürger sowie Gäste aus anderen Bezirken im Pankower Rathaus. Eingeladen durch die Reinickendorfer Bürgerinitiative „Bürgerinnen und Bürger gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen“ und die PDS-Fraktion in der BVV stellten sich die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus der Diskussion: Michael Cramer (Bündnis 90/Grüne), Christian Gaebler (SPD), Jutta Matuschek (PDS) sowie Johannes Hauenstein (Sprecher der BI gegen das Luftkreuz). Die CDU zeigte durch ihre Abwesenheit ihre Ignoranz zu dem viele Menschen bewegenden Thema.

Aus einer Diskussion über die Schließung des Flughafens Tegel

wurde eine breite Debatte über alle drei Berliner Flughäfen. Einig waren sich die Experten mit den Gästen, daß Tempelhof sofort zu schließen wäre, eigentlich schon längst geschlossen sein müßte. Meines Erachtens kam das Problem einer baldigen Schließung des Flughafens Tegel zu kurz, obwohl dringender Handlungsbedarf besteht – bei ca. 450 Starts und Landungen täglich, auch von Maschinen mit einem Gewicht von 100-200 Tonnen. Katastrophenschutzpläne existieren nicht.

Nachdem der alte Senat keine Initiativen zur Schließung innerstädtischer Flughäfen ergriffen hat, muß es Aufgabe des neuen Senats sein, ein neues Luftverkehrskonzept schnell zu erarbeiten.

Die bisherige Flugplatzpolitik ist grundsätzlich zu überdenken, nachdem auch im Schönefelder Raum der Protest der betroffenen Bürger massiv anwächst. Es war sicher eine der großen Fehlleistungen verantwortlicher Politiker in Berlin und

Brandenburg, den vorgeschlagenen ehemaligen Militärflugplatz Sprenberg abzulehnen. Fazit der Pankower Rathausdebatte sollte sein, den Kampf zur Schließung des Flughafens Tegel im Rahmen der Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz auch mit persönlicher und finanzieller Unterstützung aus Pankow zu verstärken.

Karl Kürth



390.000 Menschen sind vom Tegeler Flugverkehr direkt betroffen.

## Wie die PDS zu Tegel steht

Für eine Reduzierung des Flugverkehrs überhaupt aus wirtschaftlichen, ökologischen, Sicherheits- und finanziellen Gründen sprach sich Jutta Matuschek, verkehrspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf dem Bürgerforum im Pankower Rathaus aus. Für Berlin bedeute das die sofortige Schließung von Tempelhof, die mittelfristige Schließung

von Tegel und keinen Großflughafen in Schönefeld. Die vorhandenen Kapazitäten und eine Optimierung des Schienenverkehrs seien ausreichend für den bestehenden oder zu erwartenden Fernverkehr von und nach Berlin.

Die PDS trete gegen die Erweiterung des Flughafens Tegel auf. Es sei unlogisch, Millionen zu investieren, wenn der Flughafen 2007 ge-

schlossen werden solle. Aber noch sei die Schließungsabsicht nicht rechtsverbindlich. Das Nachtflugverbot müsse durchgesetzt werden. Lärmwerte müßten dort gemessen werden, wo die Betroffenen leben. Ein neues Fluglärmenschutzgesetz sei nötig. Der Senat müsse mit dem Bund auch über die Schließung des militärischen Teils in Tegel verhandeln.

K.G

Nachtflüge sind in Tegel von 1999 zu 2000 auf 120,2 % gestiegen.

## Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz

Die BI wurde im Februar 1988 gegründet. Sie initiierte die Bürgerbegehren gegen den Flughafen Tegel in Reinickendorf und Spandau (1989) und im Wedding (1991) mit 90 000 Unterschriften, prozessierte 1996 erfolgreich vor dem Oberverwaltungsgericht, startete im

Jahre 2000 die Unterschriftenkampagne „Er oder wir“ mit der Forderung: Stoppt den Ausbau des Flughafens Tegel!, an der 6 000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Die PDS Pankow hatte sich an der Aktion beteiligt.

In einem Gespräch mit „extraDrei“

forderte der Sprecher der BI Johannes Hauenstein, die Pankower sollten ein Bürgerbegehren in ihrem Bezirk für die Schließung des Flughafens Tegel in Angriff nehmen. Die BI werde ihnen gern ihre Erfahrungen und ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen.

K.G.

Auf Spuren jüdischen Lebens in Pankow

## Dr. Inge Lammel



Die Strapazen zur Eröffnung des einstigen jüdischen Waisenhauses in der Berliner Straße sind überstanden. Inge Lammel hat „nun wieder ein bißchen Luft“. Für die 77jährige Musikwissenschaftlerin, die sich seit über 10 Jahren mit Akribie, unermüdlichem Fleiß, Forscherdrang und aus persönlicher Erfahrung für die Erkundung jüdischen Lebens in Pankow engagiert, ist die Neueröffnung eine große Freude. Vor allem auch, weil das Haus „als eine der Kultur und Bildung, der Toleranz und der Humanität verpflichtete“ Erinnerungs- und Begegnungsstätte für die Öffentlichkeit wieder zugänglich wurde.

### Gerettete Kinder

Inge Rackwitz, heute Lammel und ihre Schwester Eva, aus einer liberalen jüdischen Berliner Familie stammend, gelang es noch im Juli 1939 mit einem Kindertransport nach England auszureisen. Zwei alleinstehende Lehrerinnen im englischen Sheffield nahmen die Rackwitz-Mädchen als Pflögetöchter auf. Die damals 15jährige ging zur Schule. Der Abschlußprüfung folgte die Ausbildung zur Säuglings- und Kinderschwester. Inge schloß sich der „Free German League of Culture in Great Britain“ an. Und sie begann, sich Gedanken über eine Zukunft nach Ende der Naziherrschaft in einem demokratischen Deutschland zu machen. Sie wurde Mitglied der „Freien Deutschen Bewegung“, auch der KPD im Asyl. Im Herbst 1947 kehrte Inge nach Berlin zurück.

### Wieder zu Hause

Sie fand Unterkunft bei einer Tante in Prenzlauer Berg. Arbeit im erlernten Beruf gab es reichlich in einer Weißenseer Kindereinrichtung. Angeregt durch den ebenfalls aus der Londoner Emigration zurückgekehrten Komponisten Prof. Ernst Hermann Meyer, begann Inge Rackwitz im Oktober 1948 ein Studium als Musikwissenschaftlerin an

der Humboldt-Universität. Während eines Lehrganges in Kaulsdorf lernte sie ihren späteren Ehemann kennen. Geheiratet wurde 1950. „Promovieren konnte ich erst 1975“, bedauert Inge. Da waren die beiden inzwischen geborenen Kinder aus dem größten heraus.

Ihr wissenschaftliches Ziel waren Forschungen zum politischen Volkslied. Ab 1956 leitete sie für 30 Jahre das Arbeiterliedarchiv bei der Akademie der Künste. Sie interviewte alte Gewerkschafter, Wi-

hatten.“ Aufgespürt wurden seinerzeit emigrierte jüdische Familien, die in Pankow gewohnt hatten, bzw. deren Töchter und Söhne in Großbritannien, Israel, Kanada und in den USA, darunter auch jene ehemaligen Waisenhaus-Zöglinge, die im Mai nach Berlin kamen.

Ab Oktober 1941 bis kurz vor Kriegsende – so die Recherchen – fanden 579 jüdische Bürger Pankows in faschistischen Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern den Tod. An sie erinnert eine



derstandskämpfer, Arbeitersportler, sammelte Texte, ließ sich vorsingen. Das Archiv ist jetzt im Keller des neuen Akademiegebäudes abgestellt.

### Nachbarn, die unter uns lebten

Nach 1990 konzentrierte sich Inge Lammel auf neue Themen. „Als wir im Bund der Antifaschisten begannen, die jüdische Geschichte Pankows zu erforschen, gab es keine Vorarbeiten“, schildert sie. „Wir recherchierten in Bibliotheken und Archiven und sprachen mit älteren Pankower Einwohnern über ihre Erinnerungen an jüdische Mitbürger, die sie als Schulkameraden und Lehrer, als Ärzte, Anwälte, Handwerker oder als Händler gekannt

Gedenkwall, gestaltet von den Pankower Künstlern Alexander Polzin und Siegfried Krepp, im ehemaligen Waisenhaus. „Auch als Mahnung und Aufforderung, den besorgniserregenden Erscheinungen von Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Zeit entschieden entgegenzutreten,“ wie Inge Lammel betont.

Marianne Wilczynski  
Klaus Gloede

### NB:

Inge Lammel ist stellv. Vorsitzende des „Vereins der Förderer und Freunde des ehemaligen jüdischen Waisenhauses in Pankow“ und Ehrenvorsitzende des Bundes der Antifaschisten Pankows

Erweiterungsbau der Schule für geistig behinderte Kinder eingeweiht

## Oase für Kinder

Erwartungsfrohe Spannung konnte man auf den Mienen der Schüler und Lehrer der Helene-Haeusler-Schule (Mendelssohn-Viertel) ablesen, als am 1. Juni 2001 der neue Schulerweiterungsbau eingeweiht wurde. Und die Neugier war echt, denn buchstäblich bis zur Öffnung des Hauptportals hatten die Arbeiter der beteiligten Baufirmen mit Hochdruck gearbeitet, damit alles in vollem Glanz erstrahlen konnte. Ein Rundgang von der Eingangshalle durch die Werkräume über das Therapiebad bis in die Therapieräume und das Lehrerzimmer bestätigte den ersten Eindruck: Es ist ein architektonisch ansprechend gestalteter und perfekt ausgestatteter Schulbau errichtet worden – eine Oase in der Wüste von Schulen, wie sie heute standardmäßig gebaut werden. Besonders gelungen ist die Aula, die eine hervorragende Akustik besitzt, wie man bei der Eröffnungsfeier am zauberhaften Klang des Glockenspielorchesters feststellen konnte.

Der Neubau der Helene-Haeusler-Schule für geistig Behinderte wurde von der Schulrätin Frau Münzberg und der Direktorin Frau Küster seit zehn Jahren geplant und zielstrebig verfolgt. Die Investitionssumme von ca. 30 Millionen Mark konnte trotz Haushaltssperren und Mittelkürzungen mit tatkräftiger

Unterstützung des Bezirksamtes Prenzlauer Berg vor Einschnitten bewahrt werden. Alle Redner und Rednerinnen der Einweihungsfeier dankten deshalb den Bezirksstadträten der PDS Herrn Kleinert (Finanzen/Immobilien) und Frau Keil (Bildung/Schule) besonders herzlich. In seiner Rede verglich Architekt Nummrich die Beteiligten mit einer Fußballmannschaft, die dank ihres guten Zusammenspiels das Endspiel erreicht habe; jetzt sei man in der Halbzeitpause. Damit spielte er auf die Tatsache an, daß für den jetzt noch notwendigen Umbau des Hauptgebäudes weitere Anstrengungen erforderlich sind (so müssen z.B. ein Teil der Schüler vorübergehend in das Gebäude der 8. Grundschule ausweichen).

Den Schülerinnen und Schülern ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Helene-Haeusler-Schule sei die Freude an ihrer neuen Schule von Herzen gegönnt. Dennoch möchte der Beobachter seinen

Bericht nicht beenden, ohne vorher noch einige Fragen zu stellen:

Welchen Sinn macht es, daß eine Schule zur Schwerpunktschule für Kinder mit geistiger Behinderung erklärt wird, die am äußersten Rand des Großbezirks gelegen ist?

Ist ein pädagogisches Verständnis, wie das von Frau Direktorin Küster, wirklich zeitgemäß, wenn sie bestimmte Schüler (wie Rollstuhlfahrer oder Mehrfachbehinderte) schulintern in Sonderklassen zusammenfaßt, anstatt sie in den normalen Unterrichts- und Schulalltag zu integrieren?

M. Sch.



Gespannte Erwartung vor der Eröffnung des Neubaus der Helene-Haeusler-Schule (Foto: privat)

## Danke!

Erfolgreich wurde die Haus- und Straßensammlung der Volkssolidarität durchgeführt. Der Bezirksausschuß der Volkssolidarität möchte auf diesem Wege allen ehrenamtlichen Helfern in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee, die so fleißig Anteil haben am Ergebnis, ein herzliches Dankeschön sagen.

Nun möchten aber unsere Bürger wissen, wofür das gesammelte Geld benötigt wird. Hier die Antwort. Das Geld wird benötigt für den Er-

halt unserer Volkssolidarität. Das gesammelte Geld benötigen unsere Ortsgruppen und die Bezirksgeschäftsstelle, um hier Betreuungsaufgaben und Ehrungen finanziell abzusichern. Gemeinsame Erlebnisse wie die jährliche Fahrt mit behinderten Bürgern, „Geburts-tagsfeiern“ in den Ortsgruppen, Zuschüsse für die Teilnahme an Veranstaltungen, für Tagesfahrten und reisen, Besuche bettlägeriger und betreuungsbedürftiger Bürger,

Unterstützung bei Not – sind ohne diese Gelder nicht durchführbar.

Liebe Mitglieder der Volkssolidarität, liebe Bürger, mit unserer Arbeit als Volkssolidarität tun wir alles, um unser Leitmotiv „Füreinander – Miteinander!“ zu verwirklichen. Wir würden uns freuen, wenn wir durch Ihre aktive Mitwirkung weitere Helfer für die Verwirklichung unserer Arbeit gewinnen könnten.

Ortrud Georgy  
Bezirksvorsitzende



150.702,79 DM  
erbrachte die  
Listensammlung

# Wählerstimmenakrobatik

Gewissensnöte eines Berliner CDU-Anhängers

Eigentlich hatte ich vor, bei den kommenden Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wieder die CDU zu wählen – wie immer.

Nach einigem Nachdenken sind mir aber Zweifel gekommen, ob das eigentlich gut für die CDU ist. Nicht daß ich eine andere Partei wählen möchte, auf gar keinen Fall.

Wenn die CDU allein oder zusammen mit der FDP die absolute Mehrheit der Wählerstimmen bekäme, könnte sie in Berlin regieren, und ich wäre zufrieden mit meiner Wahl.

Nun muß ich aber leider für möglich halten, daß die Stimmenzahl dafür nicht ausreicht. Wenn nun die CDU immerhin so stark wird, daß sie mit der PDS zusammen mehr Stimmen bekommt als die anderen drei Parteien (SPD, Bündnis 90/Grüne) zusammen, träte der sogenannte Notfall ein. Das heißt, die anderen Parteien müßten mit der

PDS koalieren, weil es ohne die PDS für sie zur regierungsfähigen Mehrheit nicht ausreichen würde. Mit der CDU wollen sie ja nicht mehr – außer der FDP.

Ich würde also in diesem Fall mit meiner Stimme für die CDU dazu beitragen, daß die PDS mitregiert, und vielleicht Gregor Gysi sogar Regierender Bürgermeister wird.

Gerade das will die CDU unbedingt verhindern, und auch ich könnte das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren.

Es wäre also besser, wenn ich nicht zur Wahl ginge. Sicher hat das die Führung der Berliner CDU auch so gesehen. Sie hat bestimmt auf Wolfgang Schäuble als Kandidaten verzichtet, damit die CDU nicht so stark werden soll, daß es der PDS nutzt. Wenn nun aber viele CDU-Anhänger genauso denken wie ich und nicht zur Wahl gehen, gibt es vielleicht ein blamables Ergebnis für die CDU. Das möchte ich auch wieder nicht. Was soll ich bloß tun?

FA

## Aufruf zum Fotowettbewerb

Die AG Antirassismus und Antifaschismus ruft unter der Überschrift „Gegen das Vergessen! Für das recht auf ein unversehrtes und gleichberechtigtes Leben aller Menschen! Überall!“

alle interessierten Menschen auf, ihre Erlebnisse, Beobachtungen und Meinungen zu diesem Thema in Fotos festzuhalten und im Rahmen eines Wettbewerbes in der Geschäftsstelle einzureichen. Die aus der Sicht einer fünfköpfigen Jury drei interessantesten Bilder werden mit einem Bücherscheck im Wert von 35 DM prämiert. Jede/jeder kann so viele Bilder einreichen, wie sie/er will. Jedes Bild zählt einzeln. Das Format sollte bei 20 x 30 Zentimeter liegen. Einsendeschluß ist der 31. August 2001. Die Auswahl der interessantesten Arbeiten erfolgt zum 9. September. Unabhängig davon sollen alle Bilder im Rahmen einer Ausstellung nach und nach in den Räumen der Geschäftsstelle gezeigt werden.

# WANNWOWASWANNWOWASWANN

- |   |  |
|---|--|
| 19. Juli<br>18 Uhr 4. Tagung der 1. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei im BVV-Saal Berlin Drei, Fröbelstraße 17 zur Wahlvorbereitung  | 25./26. August<br>Weißenseer Blumenfest; Park am Weißen See<br>3. Bundesfrauenkonferenz der PDS; Frauenkulturzentrum Leipzig (nähere Informationen bei der Bundesfrauenreferentin Karin Thieme 24009398) |
| 20. Juli<br>16 Uhr AK Kleingärten beim LV der PDS Berlin im Treffpunkt Links  | 28. August<br>18 Uhr Bezirksvorstand; PDS-Laden im Dritten   |
| 24. Juli<br>19:30 offenes BötzwFORUM in der Bibliothek Esmarchstr. 18. Thema: Gesundheits- und Sozialreform. Hält das soziale Netzwerk? | 6. September<br>16 Uhr und 19 Uhr Basistag; Laden im Dritten   |
| 7. August<br>18 Uhr Bezirksvorstand. PDS-Laden im Dritten   | 8./9. September<br>Fest an der Panke, Breite Straße in Pankow  |
| 19. August<br>ab 14 Uhr Familiennachmittag in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück  | 11. September<br>19 Uhr Bezirksvorstand; Laden im Dritten  |

- |   |
|---|
| 15./16. September<br>Rosenthaler Herbst. Stadtteilstift im Ortsteil Rosenthal         |
| 22. September<br>Mauerparkfest; Mauerpark hinter der Max-Schmeling-Halle              |
| 26. September<br>17.30 Uhr 10. BVV, im Tagungssal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 3. Oktober<br>Einheizmarkt der PDS auf dem Berliner Alexanderplatz                    |
| 4. Oktober<br>19 Uhr Bezirksvorstand; Laden im Dritten                                |
| 13. Oktober<br>Fest auf dem Hugenottenplatz   |

## Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81  
www.pds-berlin-drei.de  
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper,  
Klaus Gloede  
und Wolfram Kempe  
Gernot Klemm

V.i.S.d.P.:  
Redaktionsschluß: 10. Juli 2001  
Druck: double express Auflage: 17.500

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Die nächste Redaktionsitzung ist am 12. Juni 2001 (Mitarbeit ist willkommen). Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt. Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe wird voraussichtlich am 22. Juni 2001 sein.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.